SLUB
Wir führen Wissen.

Widerstand gegen die Widerständler

Vergangenheit und Chancen der SED – mit Prof. Werner Bramke, Direktor der Sektion Geschichte

Ulf Kolkreuth: Der Titel eines Forums 1918, indem er Bauern und Soldaten zu warnen, Leonhard, Harich, Janka, Havemann, Bahro, Löser... am 16. 11. in der mb hieß: „Stalin in uns, mit gewaltiger Rhetorik für sein Programm gewann, die Macht endgültig an sich rissen". Das klingt zugegeben etwas lächerlich, hat aber wohl einen rationalen Kern: sozialistische Revolution in einem fast feudalistischen Land, ohne Industrialisierung, ohne Proletariat, ohne demokratische Traditionen. Im Nachhinein scheint die Geburt einer übermächtigen Partei, eines sich verselbständigenden Apparates folgerichtig. Und der frühe Tod Lenins erklärt doch Stalin nicht?

W. B.: Nein, er erklärt ihn nicht. Aber er erklärt eben soviel, daß es Stalin leichter hatte, sich durchzusetzen. Ich gebe zu: Hätte Lenin 10 Jahre länger gelebt, dann hätten sich demokratisch sozialistische Strukturen zwar festigen können. Es wäre dann aber zu befürchten gewesen, daß diese 10 oder auch 15 Jahre einer tiefergehenden Demokratisierung nicht ausgereicht hätten, um einen dauerhaften Schutz vor einer Diktatur zu geben, eben weil die Revolutionen in den andren Staaten ausblieben.

U. K.: Eine Wenn-Frage, die der Historiker vielleicht nicht gern hört: Dann sieht es so aus, als ob Trotzkij in Fortsetzung von Marx (Weltrevolution) mit seiner Theorie der permanenten Revolution „recht" hatte und Lenins Notlösung nach Scheitern der deutschen Revolution: Sozialismus in einem Land zum jetzigen Auflösungsprozeß des Sozialismus als „real existierendes" Gesellschaftssystem geführt hat.

W. B.: Also ich habe gar nichts gegen Wenn-Fragen. Wir sind vielleicht zu ängstlich vor solchen Fragen zurückgeschreckt. Was die Entgegensetzung von Lenin und Trotzkij betrifft, so glaube ich, hat sie gewisse Berechtigung. Nur, Lenins Kurswechsel – denn zunächst ging er ja auch davon aus, daß nach Marxschen Vorstellungen die sozialistische Revolution sich in mehreren entwickelten Ländern durchsetzen müsse – resultierte doch daraus, daß er feststellen mußte, daß die Entwicklung sich, auch durch den Krieg bedingt, nicht gleichmäßig vollzog. Was nutzte da Trotzkijs Konzept? Man stelle sich einen Revolutionär vor, der eine Revolution erfolgreich durchgeführt hat und der nun, in Anbetracht unvorhersehbarer Bedingungen, das „Experiment" abbricht, und sagt: Zurück zum Kapitalismus. Ein Unding! Lenin hat doch bis zu seinem Tode damit gerechnet, daß über kurz oder lang in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, die Revolution ausbricht und siegt. Und ich glaube, der Gegensatz Trotzkij – Lenin entwickelte sich dann mehr zu dem Gegensatz Trotzkij – Stalin. Ich bin der Meinung, man wird Trotzkij gründlich erforschen müssen und vieles von dem, was er gesagt hat, sehr ernst nehmen müssen, und man wird viele Vorbehalte aufgeben.

U. K.: In den Diskussionen wird jetzt allenthalben ein großer Widerspruch deutlich: Viele Genossen verweisen darauf, daß Widerstand chancenlos war, während andere verbittert feststellen, daß es so gekommen ist, weil kein Widerstand geleistet wurde. Wir alle kennen die Schicksale derer, die versuchten zu warnen, Leonhard, Harich, Janka, Havemann, Bahro, Löser... Welche Chancen hatte Widerstand in der Partei?

W. B.: Widerstand ist im politischen Bewußtsein der Deutschen, die die erste und zweite Nachkriegsgeneration nach 1945 bildeten, verbunden mit dem Widerstand gegen Faschismus. Und das ist das furchtbare Problem in dem sich die große Mehrzahl der SED-Mitglieder und viele andere wahrscheinlich gesehen haben: Die den neuen Staat begründeten, waren fast alle Antifaschisten. Widerstand hätte also im Verständnis der Menschen bedeutet: Widerstand gegen die Widerständler. Zum anderen ging es, trotz aller Auswüchse, doch um ein Ziel, in dem man sich einig sein sollte: Sozialismus. Und auch das machte es schwer, sich zu entscheiden: Für oder Gegen, ich vertrete aber die Auffassung, daß jeder politisch Bewußte in der DDR hätte wissen müssen, welche Verstöße bis hin zu Verbrechen es gegeben hat. Hier gab es zwei Möglichkeiten des Widerstandes: Frontal. Das hieß, Dissident werden und in der Folge ins Zuchthaus oder ins Ausland zu gehen. Oder, auf dem Posten bleiben und immer haarscharf am Rande der Legalität Auswüchse zu beschneiden, Unrecht zu bekämpfen. Es ist klar, daß bei der zweiten Lösung immer die Gefahr des Opportunismus bestand. Widerstand war also möglich – so oder so.

U. K.: Die Tatsache, daß bei uns „Stalinismus" erst jetzt am Anfang seines Endes ist, begründeten Sie damit, daß seine extremsten Auswüchse bei uns unterblieben. Warum konnte/wollte Ulbricht – die SED – den Aufwind des XX. Parteitages der KPdSU 1956 nicht nutzen für eine deutsche Entstalinisierung? Alfred Kantorowicz soll ja gesagt haben, von Ulbricht eine Entstalinisierung zu erwarten, hätte dasselbe bedeutet, wie eine Entnazifizierung von Himmler zu erhoffen. Damit wollte er ja nicht Ulbricht und Himmler gleichsetzen, sondern die Barrieren.

W. B.: Ich sehe das auch so. Also, wenn es in der SED einen Stalinisten gegeben hat, dann war es Ulbricht. Noch nicht in den 20er Jahren und frühen 30er Jahren – da war er noch nicht so ein Sektierer. Er hat in der Gewerkschaftsarbeit in dieser Zeit eine ganze Menge Gescheites gesagt und getan. Zum anderen war bis 1985 doch in der DDR gegen den Willen der Sowjetunion wenig machbar. Der 17. Juni ist gescheitert, weil sowjetische Panzer rollten, nicht weil das stalinistische System der DDR so stark war – ich meine die berechtigten und notwendigen Forderungen des 17. Juni, wenn ich vom Scheitern rede. Als Honecker an den Ketten, die der Entspannung auch durch die Sowjetunion angelegt waren, zerrte, wurde er zurückgepfiffen.

U. K.: Glauben Sie, daß Ulbricht auch aus persönlichen Gründen, also Machtpragmatismus, in einer Entstalinisierung eine Gefahr gesehen hat? Wie denken Sie über seine Integrität als Revolutionär?

W. B.: Ich sehe da Machtpragmatismus. Möglicherweise war er auch zu diesem Zeitpunkt ideologisch so durch die 20jährige eigene stalinistische Vergangenheit verbogen, daß er tatsächlich an einem Sozialismus dieser Prägung glaubte, aber in erster Linie war es Machtpragmatismus. Ulbricht war ein Mensch, der zu seiner Zeit Freunde für sich gewinnen konnte, was ja auch für oder gegen jemanden spricht.

U. K.: Sie sprechen auf diesem Forum am 16. 11. davon, daß es in der DDR momentan mehr nach bürgerlichem Parlamentarismus aussieht. Die Wirtschaftssituation scheint dies zu untermauern. Kann es sein, daß die kommunistische Weltbewegung „zurück" muß? Zurück in einen starken Kapitalismus, aus dem sie weltweit hervorgeht, dann als wirkliche gesellschaftliche Alternative?

W. B.: Auszuschließen ist das nicht. Zumal ja nur zwei Länder existieren, die wirtschaftliche und soziale Strukturen aufweisen, auf die die Überlegungen von Marx und Engels für den Übergang zum Sozialismus zutreffen. Die DDR und die CSSR. Nun kann man sich vorstellen, daß inmitten einer kapitalistischen oder sich auflösenden sozialistischen Welt die rund 30 Millionen Einwohner beider Länder sehr wenig sind. Ich halte es aber für möglich – nicht für notwendig – daß sich, ausgehend von einer wirklichen Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln (bisher haben wir es ja nur mit einer Verstaatlichung zu tun), ein neuer Demokratietyp entwickeln kann.

U. K.: Bei der ersten Variante hätte doch aber eine kommunistische revolutionäre Bewegung aus dem Kapitalismus kommend ein ungenanntes Problem: die Bombe.

W. B.: Nein! Das ist ausgeschlossen. Es kann sich dann nur um eine friedliche soziale Revolution handeln, das heißt, daß sich in einer Reihe von Ländern allmählich Demokratien neuen Typs entwickeln, deren Vorbild dann immer mehr Länder zwingt, dieser Entwicklung zu folgen. Nur über diesen Weg ist das für mich vorstellbar.

U. K.: Wie bewerten Sie die Perspektive einer organisierten gespaltenen Arbeiterklasse in der DDR?

W. B.: Ich bedaure die Neubildung einer Partei, die sich in der sozialdemokratischen Tradition sieht. Nicht, weil ich gegen sozialdemokratische Traditionen bin, sondern weil darin die Spaltung der sozialistischen Bewegung angelegt ist. Das jetzige Programm der SDP scheint mir allerdings das Programm einer bürgerlich-parlamentarischen Partei zu sein. Ich plädiere für eine sozialistische Partei – ob sie SED heißt, ist nicht so wichtig, vielleicht muß man den Namen ändern –, die das Versprechen der SED 1946, kommunistische und sozialdemokratische Traditionen zu vereinen, endlich einlöst. Ich bin natürlich gegen jedes Verbot, falls sich die SDP dauerhaft etabliert.

Wenige Stunden nach diesem Interview war ich im Sender Leipzig im Gespräch mit führenden Vertretern der SDP-Ortsgruppe Leipzig. Ich lernte sie als kluge und verantwortungsbewußte Männer kennen, die ich in ihrem Bestreben verstehe. Dennoch: Eine einheitliche sozialistische Partei wäre mir lieber.)

U. K.: Ich glaube, daß die SED mit dem Abschied vom a-priori-Machtmonopol viele Mitglieder verlieren bzw. weniger neue gewinnen wird. Es droht eben kein Karriere-Stop mehr bei Nichtmitgliedschaft. Wie sehen Sie die Perspektiven einer gelichteten SED?

W. B.: Es wird zu einer starken Mitgliederflucht kommen. Aus verschiedenen Gründen. Der Karriere-Knick, den Sie ansprechen wird nur ein Motiv sein. Ich glaube, daß auch viele aus Wut und Enttäuschung, einer Partei gedient zu haben, deren Führung zum Teil eine korrupte Bande war, austreten werden. Vor einer solchen Tragödie stehen Hunderttausende. Aber: Ich bin der Überzeugung und meine Erfahrungen mit vielen Genossen machen mir da Mut – daß die Genossen, die jetzt zusammenbleiben, und das wird trotzdem eine recht ansehnliche Zahl sein, Enormes für eine spätere Offensive bewirken können.

Die Letzte

Ich glaube, es war ein viel größerer Schritt von der Losung „Demokratie – jetzt oder nie!" zu „Deutschland einig Vaterland!" als es der von der Forderung nach „Wiedervereinigung" zu „Deutschland erwache" sein wird. Erschreckend: der erste dieser Schritte ist schon gegangen. Können wir den zweiten noch aufhalten?

„Nutzen wir die Gunst der Stunde" schreiben die REPUBLIKANER in einem Flugblatt der letzten Woche. Für wen ist sie günstig, die Stunde, da die desolate Wirtschaftssituation den Grundkonsens der DDR-Bevölkerung – Sozialismus ja, aber, einen verbesserten! – zu beseitigen droht?

Viele sind es, die bei den Rufen nach „Großdeutschland" nicht mitrufen. Aber es gibt keine Rufe dagegen. Wir hören die Rufe und zucken mit den Schultern: „Da kann man eben nichts dagegen machen!" Wirklich nicht? Ich denke, wir brauchen Losungen, Transparente, vor allem aber die klare Überzeugung in den Köpfen: „Wider die Vereinigung!" Dies nicht nur bei uns, sondern im Denken möglichst vieler Leipziger Also: rein in die Schulen oder Betriebe! Und auch rein in die Demo! Radikal gegen rechts! POGUNDKE

Wider die Vereinigung!

Standpunkt

Die Reisefreiheit – ja, auch ich hab sie gekostet. Von wegen Kreuzberger Nächte sind lang usw. Aber vorher war ich noch kurz in Ostberlin, auf der Studentendemo, weil ich doch Student bin und interessiert an den Dingen. Ein paar Leipziger waren auch da, und Gören vom hiesigen Studentenrat hat gesprochen. Vor allem aber gab es Kameras zu sehen, fast mehr Kameras und Fotografen als Studenten. Beinahe hätte man mich sogar interviewt. Dann sah ich ein hübsches Transparent: Links ein Stück Mauer, rechts ein Stück Mauer, in der Mitte auf der Lauer – ein rosa Riesenbaby (einen DDR-Bürger darstellend), vollgestopft mit Bananen und grunzend: „Endlich frei!" Ich habe sehr gelacht. Aber nicht lange, denn unsere lieben Mitbürger fahren sich im Westen teilweise schlimmer auf, als die schlimmsten Touristen Made in G. D. R. im bisher zugänglichen östlichen Reisparadies. Der „aufrechte Gang" scheint an der Grenze haltzumachen; eigentlich schon eher, auf den Bahnsteigen nämlich, auf denen die Züge nach Berlin erwartet werden. In Leipzig drängelten die Besinnungslosen beim Sturm auf die Waggons bereits eine 83jährige Frau in den Tod. Sie starb auf den Schienen. Eltern schleifen ihre übermüdeten, heulenden Kinder nächtelang in der Kälte herum, bloß damit es mehr DM zur Begrüßung hagelt.

Auf der Kundgebung am Operaplatz sagte am 30. November ein Student, wie sehr er sich schämt für diese Mitmenschen. „Kommt ihr euch nicht ein bißchen verarscht vor?" steht auf einem jüngst in Westberlin verteilten Flugblatt der „Marxistischen Gruppe" (MG), das skeptisch die offenen Arme der „Instanzen der bundesdeutschen Wirtschaftsgroßmacht" hinterfragt. Doch das will keiner hören – „endlich frei"...

Auf den Montagsdemos grassieren neuerdings zunehmend Dummheit, Haß und Demagogie: Am 20. November brüllte die Masse eine junge SED-Genossin nieder, bis sie psychisch nicht mehr in der Lage war, weiterzusprechen. Ein Arzt aus Halle, Mitglied der SDP (!), wurde gellend ausgepfiffen, weil er die Lüge dementierte. Erich Honecker sei in der Schweiz operiert worden. Und dann die neue Lozung, die bedrohlich über den Karl-Marx-Platz hallte: „Deutschland einig Vaterland"...

Lieber Christoph Hein, lassen Sie uns die Sache nochmal überdenken mit der Ernennung Leipzigs zur „Heldenstadt der DDR"! Ich finde sowieso das Wort vom „Helden" hat einen eigentümlich deutschen Beigeschmack.

BJÖRN ACHENBACH, Sektion Jornalistik

Studentenzeitung

„Ohne Filter"
3. Ausgabe der Studentenzeitung der KMU vom 1. Dezember 1989
Heute hier zu lesen:

2 Gemeinsame Stellungnahme zur „LVZ-Aktion"
3 Schwarzwohnungen kein Problem mehr
4 Vergangenheit und Chancen der SED, Interview mit Professor Bramke

Die FDJ ist nicht nur an der KMU scharfer Kritik ausgesetzt, es werden Stimmen laut, die fordern, den Verband in diesen Strukturen aufzulösen. Was wird in dieser Situation aus der Moritzbastei als FDJ-Studentenklub der KMU?

W. W.: Ich möchte etwas weiter ausholen. Der Zentralrat der FDJ hat auf seiner letzten Tagung beschlossen, eine neue Struktur zu schaffen, die darauf hinausläuft, den Vorherrschaftsanspruch des Verbandes aufzugeben. Dennoch soll er offen für alle sein, für junge Menschen, die bereit sind für die Erneuerung des Sozialismus zu wirken.

Ich bin der Meinung, daß das immer noch nicht der richtige Schritt in die richtige Richtung ist, weil das nicht dazu dient, der FDJ ein Profil zu geben, also ein klares Ziel, dem sich Jugendliche, die stark politisiert sind, unterordnen können, die dafür kämpfen möchten.

Den Anspruch, FDJ-Studentenklub der KMU zu sein, kann die Moritzbastei unter diesen Bedingungen nicht mehr aufrechterhalten. Ich orientiere mehr darauf, daß jeder in diesem Klub entsprechend seiner Zielstellung politisch denkt und handelt, selbstverständlich auf dem Boden der Verfassung. Es wird sich zeigen, wie das im Programm deutlich wird.

An unserer Universität hat sich ein Studentenrat gegründet, der demokratisch gewählt worden ist und den Anspruch hat, die studentischen Interessen zu vertreten. Es ist der Vorschlag seitens des Studentenrates gekommen, die Moritzbastei vielleicht zu einer Einrichtung dieser Interessenvertretung zu machen. Was sagen Sie dazu?

W. W.: Prinzipiell bin ich für den Studentenrat, weil er eine Organisation sein kann, der politischen Organisationen die direkten Entscheidungsbefugnisse auf Sachprozesse entzieht. Er kann also dazu beitragen, die Entflechtung von Staat und Partei im kleinen durchzusetzen, da die Mitglieder des Studentenrates gewählte Sprecher der Sektionen sind – unabhängig von Parteizugehörigkeit oder der Zugehörigkeit zu anderen Organisationen. Hier wird ja nach Engagement und Sachkompetenz gewählt. Das bedeutet aber auch, daß der Studentenrat als studentische Interessenvertretung nur gegenüber der staatlichen Leitung auftreten kann. Er kann nicht schon wieder gleichgeschalteten oder untergeordneten studentischen Einrichtungen den Willen aufzwingen.

Ich denke, daß die mb mit 230 Studenten, die hier arbeiten, einen eigenen Interessenverband bildet. Und das muß akzeptiert werden!

Damit läuft alles auf eine Unabhängigkeit der mb hinaus. Das bringt zwangsläufig eine Eigenfinanzierung des Hauses mit sich. Ist damit die Moritzbastei als studentenfreundlicher Klub noch zu halten?

W. W.: Daß wir ökonomisch denken müssen, steht vor der ganzen Gesellschaft. Und warum soll die mb nicht Möglichkeiten nutzen, ökonomisch die halbe Million staatliche Subventionen im Jahr, die wir jetzt verschlingen, einzusparen. Damit verbinden wir zwei Dinge – dem Staat Geld zu sparen und uns ökonomisch unabhängig zu machen. Das ist wieder ein Schritt zu mehr Selbstverantwortung, Selbstbewußtsein und damit auch zu einer deutlichen studentischen Interessenvertretung.

Studentenfreundlicher Klub wollen wir jedoch nicht nur von der Interessenvertretung her bleiben. Wir streben an, die Preise zu halten, weil ich davon ausgehe, daß die wirtschaftlichen Veränderungen in diesem Land die Studenten hart treffen werden. Wir wollen also hier mit der Moritzbastei eine Einrichtung bleiben, die durch Studenten in der Masse betrieben wird und für Studenten in der Masse auch benutzbar ist.

Jedoch der Existenzkampf gegenüber Gastronomen, Kulturfunktionären und anderen Kräften wird größer werden. Und da müssen die Studenten uns wirklich unterstützen!!!

(Das Gespräch führte
MAREN SCHIBILSKY,
AG Öffentlichkeitsarbeit der mb)

Was wird aus der Moritzbastei?

Gespräch mit mb-Direktor Wolfgang Wagner

Am 1. Dezember 1979 wurde der „erste Bauabschnitt" der Moritzbastei zur Nutzung als FDJ-Jugend- und Studentenzentrum übergeben.